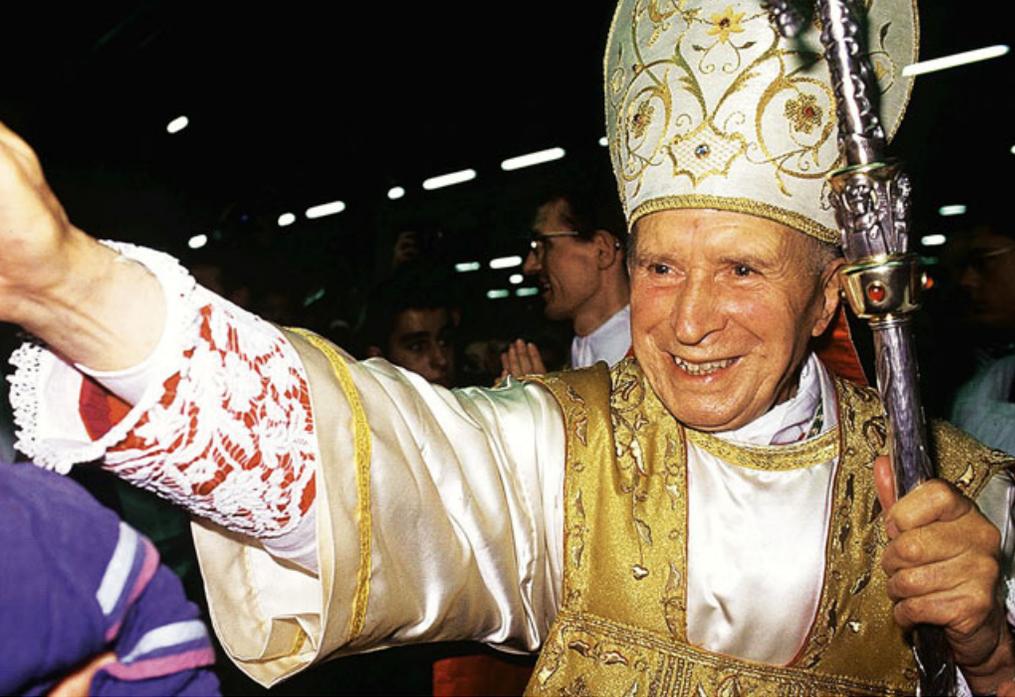


NATO

Gipfeltreffen mit Hindernissen

Das für April geplante Gipfeltreffen zum 60. Geburtstag der Nato droht ein organisatorisches Desaster zu werden. Eigentlich sollte die Zusammenkunft von etwa 60 Staats- und Regierungschefs in den deutsch-französischen Grenzorten Kehl und Straßburg stattfinden. Weil nachträglich auffiel, dass der Kleinstadt Kehl die nötigen Hotels und Festsäle fehlen, wird die deutsche Gipfelhälfte nun nach Baden-Baden verlegt. Dort müssen nur noch passende Räumlichkeiten gebucht werden, um ein Diner für Gastgeberin Angela Merkel, Stargast Barack Obama und den VIP-Tross ausrichten zu können. Nach dem Essen soll möglichst im Festspielhaus ein Konzert mit Geigerin Anne-Sophie Mutter stattfinden. Die Atmosphäre des Treffens könnte darunter leiden, dass die Franzosen schon jetzt vergrätzt sind. Mit großem Pomp wollte Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Rückkehr seiner Nation in die militärische Struktur der Nato verkünden. Nun soll er dies samstags morgens in einem öden Konferenzzentrum tun. Den Franzosen ist klar, dass das erhoffte Medienereignis so wohl ausbleiben wird, zumal Obama am selben Morgen zur nächsten Etappe seiner ersten Europareise als US-Präsident aufbrechen wird. Für den Gipfel sind schon jetzt 300 Demonstrationen angekündigt, 15 000 Polizisten werden allein auf deutscher Seite aufmarschieren. Aus Sicherheitsgründen werden zum Beispiel Autobahnabschnitte und Grenzübergänge stundenlang blockiert – und das ausgerechnet zu Beginn der Osterferien in neun Bundesländern.



LE SECRETAIN / SIPA

Lefebvre (1989)

RELIGION

Furcht vor Kirchenspaltung

Im deutsch-niederländischen Grenzgebiet hat sich ein Glaubensstreit zwischen der katholischen Kirche und der abtrünnigen Bruderschaft St. Pius X. entzündet. Das Bistum Aachen sprach jetzt eine Warnung an seine Gläubigen aus, die traditionellen katholischen Adventsgottesdienste in der fünf Kilometer von Aachen entfernten Kirche St. Maria zu den Engeln zu besuchen. Das neugotische Gotteshaus liegt nur 50 Meter hinter der Grenze auf niederländischem Gebiet und wurde von der als erzkatholisch geltenden katholischen Bruderschaft Pius kürzlich erworben. Auch der Bischof des angrenzenden Bistums Roermond, Franz Wiertz, hat vor den auf Lateinisch gehaltenen Messen der umstrittenen Katholikengruppe gewarnt, deren Gründer, Erzbischof Marcel Lefebvre, vom Vatikan exkommuniziert wurde. Ihre Taufen würden nicht anerkannt und die Kinder nicht ins offizielle Pfarrregister eingetragen. Einzelne Priester des Bistums Aachen haben sogar öffentlich zum Widerstand gegen die zugezogene Bruderschaft aufgerufen. Sie befürchten „Kirchenspaltung in unseren Gemeinden, seelische Abhängigkeiten und Unfrieden bis in einzelne Familien hinein“. Die Piusbrüder wiederum fühlen sich verleumdet, machen jedoch aus ihrer ablehnenden Haltung zur offiziellen katholischen Kirche keinen Hehl. Ein Sprecher: „Wir sind das Mittelalter, und wir lieben das Mittelalter. In unseren Gottesdiensten ist kein Platz für all jene Neuerungen, die in den letzten Jahrzehnten den wahren Gotteskult verunstaltet und entwürdigt haben.“

GESUNDHEIT

„Unsinniger Vorstoß“



Manuela Schwesig, 34, Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, über einen fragwürdigen Versuch des Zolls, die Einfuhr von Zigaretten aus Polen mit dem Kinderschutz in Einklang zu bringen

SPIEGEL: Das Hauptzollamt Stralsund hat vergangene Woche eine Regelung erlassen, die Kindern ab sieben Jahren die Einfuhr von 800 Zigaretten

aus Polen erlaubt. Wie beurteilen Sie das?

Schwesig: Das ist ein Schildbürgerstreich, der Erwachsene ermutigt, ihre Kinder als Kippenkurier zu missbrauchen. Unsere Präventionsprogramme zielen darauf, Kinder von Zigaretten fernzuhalten, und jetzt gibt es eine amtliche Regelung, die das auf den Kopf stellt. Auch für unsere Bemühungen, Gesundheitsland Nummer eins zu werden, ist die Vorschrift ein Rückschlag.

SPIEGEL: Der Zoll argumentiert, die Situation sei vorher noch schlechter gewesen, weil es überhaupt keine Altersbegrenzung gegeben habe.

Schwesig: Aber warum hat man eine bestehende Regelungslücke mit einer

schlechten Norm gefüllt statt mit einer guten? Für Einführen von Zigaretten aus Ländern außerhalb der Europäischen Union gibt es doch eine klare Altersgrenze, und die liegt bei 17 Jahren. Daran hätten sich die Verantwortlichen orientieren müssen. Die jetzt geltende Regelung ist in keiner Weise mit dem Kinder- und Jugendschutz vereinbar.

SPIEGEL: Nun ist der Zoll eine Bundesbehörde, was können Sie als Landesministerin gegen diese Regelung tun?

Schwesig: Ich erwarte, dass der Zoll diesen unsinnigen Vorstoß zurücknimmt. Falls nicht, werde ich einen Brief an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück schreiben und darum bitten, diesen Unfug aus der Welt zu schaffen.